

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Wahlbetrug

Absurdes Polit-Theater mit verteilten Rollen im Vorfeld der Europa-Wahl: Einen Tag vor dem Besuch der Bundeskanzlerin in Athen meldete die griechische Regierung im April die „erfolgreiche Rückkehr des Landes an den Kapitalmarkt“. Statt der geplanten 2,5 Mrd. habe man 3 Mrd. per Anleihe aufnehmen können, jubelten griechische Politiker. Und der EU-Wettbewerbskommissar sprach von „extrem guten Nachrichten“. Die Dreistigkeit der europaweit konzentrierten Propaganda, die den Wählern den Beginn einer wundersamen Heilung in Europa vorgaukeln soll, ist beispiellos. Jeder weiß, dass Großanleger und Spekulanten nur deswegen griechische Staatspapiere zeichnen, weil sie sich auf die EZB-Ankündigung verlassen, notfalls unbegrenzt (auch faule) Anleihen aufzukaufen. Mit anderen Worten: Das Ausfallrisiko wird weiterhin zulasten der europäischen Steuerzahler sozialisiert, wobei man dem Zahlmeister Deutschland freundlicherweise die Hauptrolle zuweist. Tatsache ist, dass Griechenland weit hinter nahezu allen Reformzielen zurückgeblieben ist. Bei einer neuen Studie rangiert Hellas auf dem letzten Platz der 41 untersuchten OECD-Länder. Die Euro-Retter haben das Land bisher mit 240 Mrd. EUR vor der Staatspleite gerettet. In Brüssel und Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass nach der Europa-Wahl das dritte Rettungspaket für Griechenland geschnürt wird. Vor der Wahl setzen die Regierungen und Eurokraten jedoch auf systematisches Tarnen und Täuschen, um den euroskeptischen Parteien

nicht weitere Wähler zuzutreiben. Die Frage muss erlaubt sein, ob ein solch vorsätzlicher Wahlbetrug noch mit den demokratischen Grundprinzipien unserer Verfassung vereinbar ist.

Faule Bank-Kredite

Das Versprechen der europäischen Politiker, dass die Steuerzahler nicht mehr für notleidende Banken bluten müssen, scheint sich als fragil zu erweisen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im Focus steht dabei die gewaltige Summe ausfallgefährdeter Kredite, die die Bilanzen insbesondere südeuropäischer Banken belasten. Das Ende 2012 ermittelte Problemvolumen in Höhe von 876 Mrd. EUR dürfte sich mittlerweile deutlich erhöht haben. Allein die faulen Kredite italienischer Banken sind im Januar 2014 – gegenüber dem Vorjahresmonat – um fast ein Viertel auf 160 Mrd. EUR gestiegen. In spanischen Bankbilanzen waren schon Ende 2013 Problemkredite von fast 200 Mrd. EUR gebucht. Bis August will die EZB 128 Banken, darunter 24 deutsche Institute, mit Bilanzrisiken von 3,7 Billionen EUR durchleuchten. Nach IW-Einschätzung besteht die Gefahr, dass die Märkte den Banken der Euro-Krisenländer bei ungünstigen Ergebnissen das Vertrauen entziehen. Wenn Investoren Kapital abzögen, könne ein gefährlicher Domino-Effekt entstehen.

Belastbarkeit testen

Mit ihren Rentenplänen, dem Mindestlohn und den geplanten Reformen der Kranken- und Pflegeversicherung ist die große Koalition dabei, die Wirtschaftser-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

folge der vergangenen zwanzig Jahre zu verspielen. Zu diesem Ergebnis kommt das Forschungsinstitut Prognos in einer neuen Studie. Gewarnt wird vor allem vor einer Senkung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Erhöhung der Lohnkosten. Dadurch drohe Deutschland – im Vergleich der Industrieländer – vom zweiten auf den 23. Rang abzurutschen. Auch ohne neue Gesetze werde die demografische Entwicklung den Arbeitsmarkt belasten und zu höheren Lohnkosten führen. Die Reformpolitik der GroKo werde diesen Negativtrend nun noch massiv verschärfen. Allein die Fortschreibung des Mindestlohns entsprechend der Tariflohnentwicklung werde die Lohnkosten bis 2030 um insgesamt 510 Mrd. EUR erhöhen. Das Rentenpaket werde 58 Mrd. EUR kosten. Und die Zeitarbeit werde sich bis 2030 um 155 Mrd. EUR verteuern. All das belaste die Wirtschaft mit zusätzlichen 45,7 Mrd. EUR pro Jahr. Die Lohnstückkosten, die in den letzten beiden Jahrzehnten um durchschnittlich 0,5% jährlich gestiegen sind, würden künftig um 2,5% pro Jahr zulegen. Volkswirtschaftlicher Sachverstand zählt offensichtlich nicht gerade zu den prägenden Merkmalen der schwarz-roten Bundesregierung. Sozial-Reformer zeichnen sich leider oft durch die Unfähigkeit aus, die Folgen ihres Handelns zu erkennen und einzuplanen.

„Gefangen im Euro“

Seit nunmehr fünf Jahren dauert die Euro-Krise an. Ifo-Chef Hans-Werner Sinn zieht in seinem neuen Buch „Gefangen im Euro“ eine düstere Zwischenbilanz. Zum Phänomen der öffentlichen Meinungsbildung schreibt er: „Es gibt politische Wahrheiten und wirkliche Wahrheiten. Politische Wahrheiten entstehen, indem hinreichend viele Politiker sie einander erzählen, bis sie selbst, die Medien und die Menschen sie glauben. Wirkliche Wahrheiten folgen aus statistischen Fakten sowie ökonomischen und naturwissenschaftlichen Gesetzen. Mittel- bis langfristig ist keine Wirtschaftspolitik erfolgreich, die diesen Gesetzen widerspricht.“ Und zur Lage am Standort Deutschland stellt Sinn fest: „Wir haben genug Arbeit, doch das Vermögen geht verloren. Uns geht es also nur scheinbar gut. Das wird in den nächsten zwei Jahrzehnten jedem klar werden, nämlich dann, wenn die Babyboomer, die jetzt 50 sind, ins Rentenalter kommen und von ihren mittlerweile erwachsenen Kindern ernährt werden wollen, von denen es nur wenige gibt, und sich das vermeintliche Auslandsvermögen unserer Banken und Versicherungen in Luft aufgelöst hat.“ Je länger die Politik versuche, die Gesetze der Ökonomie zu ignorieren, desto mehr müssten künftige Generationen dafür bezahlen.